



## Liebe Leserinnen und Leser,

mit einer Gedenkstunde zu 80 Jahren Reichsprogromnacht 1938, dem Fall der Mauer 1989 sowie dem Ausruf der ersten Republik 1918 ist der 9.11. ein geschichtsträchtiger Tag. Zukunftsweisend war ebenso die diesjährige Bereinigungssitzung in der Nacht von Donnerstag zu Freitag, in der wir erneut einen ausgeglichen Haushalt erreicht haben, in dem die Investitionskosten in der Bereinigungssitzung um eine Milliarde Euro nochmals steigern konnten.

Weiterhin haben wir in dieser Woche mit dem Rentenpaket, dem Familienentlastungsgesetz, dem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz wesentliche

Punkte aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Damit sollen alle sozialen Schichten sichtbar entlastet werden. Wir investieren in unsere Jüngsten und treffen Vorsorge für die Menschen, die unserem Land bereits einen wichtigen Dienst erwiesen haben und ihren wohl verdienten Ruhestand sorgenfrei genießen können.

**Herzliche Grüße**

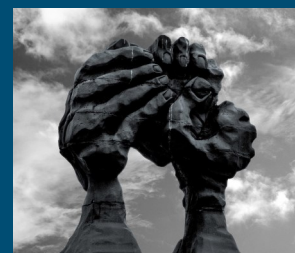
*Ihr*

**Diese Woche:**

Seite 2 :  
Ländliche Regionen im  
„Rampenlicht“



Seite 3:  
Fonds „Deutsche Einheit“



Seite 4:  
Spürbare Entlastung für Verkehrsknotenpunkte





# Ländliche Regionen im „Rampenlicht“

## Bundestag debattiert über gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land

Deutschland zeichnet sich durch kulturelle und regionale Vielfalt aus. Doch nicht überall ist das Leben gleichermaßen attraktiv. Auf dem Land fehlt es oft an öffentlichem Nahverkehr, an Arztpraxen oder an Mobilfunknetzen. Der Bundestag debattierte am Mittwoch über gleichwertige Lebensverhältnisse. Diese herzustellen sei eine Herausforderung für Bund, Länder und Kommunen, sagte Bundesinnenminister Horst Seehofer. Dafür brauche es einen langen Atem.

Der CSU-Politiker will die Bundesregierung verpflichten, bei all ihren Entscheidungen die Konsequenzen für ohnehin schon benachteiligte Regionen in Deutschland zu berücksichtigen. Es solle „zum Pflichtenheft der Politik in der Zukunft gehören“, die Auswirkungen von Gesetzen auf ländliche Gegenden zu prüfen. Das bedeute aber nicht „Gleichmacherei“ oder „identische Lebensverhältnisse“. Die ländlichen Räume dürften allerdings nicht weiter ausbluten.

### Kommission legt Vorschläge im Juli vor

Seehofer sprach sich auch gegen „Dirigismus“ aus. Im September hat unter seiner Federführung eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ ihre Arbeit aufgenommen, in der neben Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) und Familienministerin Franziska Giffey (SPD)

auch die Länder und die Kommunen vertreten sind. Die Kommission soll im Juli kommenden Jahres ihre Vorschläge unterbreiten.



### Keine Gießkannenpolitik

Vor Neid-Debatten warnte Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner. Es gehe nicht darum, einen Gegensatz zwischen Stadt und Land zu konstruieren. Schließlich gebe es auch abgehängte Ballungsräume. Deshalb brauche man keine Gießkannenpolitik, sondern müsse sich

die Probleme im Einzelfall anschauen. Auch Klöckner sieht in der Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse eine Daueraufgabe.

### Ehrenamtliches Engagement wertschätzen

Eine Lanze für das Ehrenamt brach der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Stephan Harbarth. Es gebe ein „Heer von Menschen“, das sich Tag für Tag gegen die Unwucht der Lebensverhältnisse stemme, sagte er. Etwa 30 Millionen Menschen engagierten sich ehrenamtlich, ganz besonders in den ländlichen Regionen. „Die Förderung des Ehrenamtes und des bürgerlichen Engagements ist uns ein Herzensanliegen“, sagte er im Namen der Fraktion. Der Staat müsse dieses Engagement unterstützen und es wertschätzen, indem er bürokratische Hürden abbaue und gute Rahmenbedingungen schaffe. „Wir müssen das Potenzial an Hilfsbereitschaft in unserem Land zur Entfaltung bringen.“





# Fonds „Deutsche Einheit“

Am Freitag berieten wir in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Umsetzung verschiedener Einzelmaßnahmen zum Gesetz zur fortgesetzten Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen und zur Regelung der Folgen der Abfinanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“.

So werden die Integrationspauschale (2 Mrd. Euro) und die flüchtlingsbezogene Kinderbetreuung (435 Mio. Euro) jeweils einmalig für das Jahr 2019 verlängert. Ebenso erfolgt eine Verlängerung der ursprünglich bis zum Jahr 2018 befristeten Entlastung der Kommunen von den zusätzlichen Kosten für Unterkunft und Heizung für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte. Für 2019 werden die Mittel des Bundes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch die Länder um 500 Mio. Euro auf 1,5 Mrd. Euro erhöht, was eine entsprechende Änderung des Entflechtungsgesetzes erforderlich macht. Schließlich werden die Länder durch die vollständige Tilgung der Restschuld des Fonds Deutsche Einheit zum Jahresende von ihrer bisherigen Beteiligung an der Tilgung entbunden.



## „Ein starkes Stück Sozialstaat“



*Mit den Stimmen der Koalition hat der Bundestag ein umfangreiches Rentenpaket auf den Weg gebracht. Bei der Mütter- und der Erwerbsminderungsrente gibt es auf Initiative der Unionsfraktion deutliche Verbesserungen.*

### **Die Erziehung von Kindern anerkennen und wertschätzen**

Zum 1. Januar 2019 bekommen Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, zusätzlich einen halben Rentenpunkt (sechs Beitragsmonate) in der Rentenversicherung gutgeschrieben. Damit wird ihre Erziehungsleistung künftig noch

besser anerkannt. Davon profitieren knapp zehn Millionen Menschen in Deutschland.

### **Schicksalsschläge abfedern**

Außerdem wird es im kommenden Jahr erhebliche Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente geben. Galt bisher, dass jemand, der wegen gesundheitlicher Probleme nicht weiterarbeiten kann, bei der Rente so gestellt, als hätte er nur bis zum 62. Lebensjahr gearbeitet, wird diese Zurechnungszeit nun bei künftigen Beziehern einer Erwerbsminderungsrente auf die Regelaltersgrenze angehoben.

### **Beiträge und Rentenniveau werden festgeschrieben**

Das Rentenniveau wird bis 2025 bei mindestens 48 Prozent des Durchschnittslohns

festgeschrieben. Der Beitragssatz wird gleichzeitig bei höchstens 20 Prozent der Lohn- und Gehaltszahlungen stabilisiert. Der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der Fraktion, Peter Weiß, kritisierte in der Debatte die „Jammerorgie“ über die Finanzierbarkeit des Rentenpakets. Die Rücklagen der Gesetzlichen Rentenversicherung beliefen sich mittlerweile auf 38 Milliarden Euro und der Rentenversicherungsbeitrag liege mit 18,6 Prozent auf einem historisch niedrigen Niveau.

### **Rentenkommission eingesetzt**

Für die langfristige Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung wurde die Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ eingesetzt, die bis Anfang des Jahres 2020 Vorschläge für die Zeit nach dem Jahr 2025 vorlegen soll.



# Spürbare Entlastung für Verkehrsknotenpunkte

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hat am Dienstag die „Bewertung der Schienenwegeausbauvorhaben des Potenziellen Bedarfs“ vorgestellt. Hierzu äußerte sich die verkehrspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Daniela Ludwig, wie folgt :

„Wir halten unser Versprechen und investieren weiter in den Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur. 21 Streckenmaßnahmen erreichten in der gesamtwirtschaftlichen Bewertung ein positives Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKV). Sie erfüllen damit die Kriterien für die Aufnahme in den vordringlichen Bedarf. Dies bedeutet, ihre Realisierung ist sichergestellt. Für acht Knotenpunkte wie Köln, Frankfurt und München ist dies eine gute Nachricht, da dort Engpässe bestehen. Durch die Erweiterungsinvestitionen wird dort spürbar eine Entlastung geschaffen.“



## Gesetzes zur Stärkung des Pflegepersonals

Der Deutsche Bundestag beschloss am Freitagmorgen das Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals. Dazu erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Georg Nüßlein: „Mit dem Sofortprogramm Pflege verbessern wir nachhaltig die Arbeitssituation in der Kranken- und Altenpflege. Herzstück des Gesetzes ist, dass die Pflegekosten im Krankenhaus ab 2020 nicht mehr pauschal finanziert werden. Das heißt, die für die Pflege anfallenden Personalkosten werden aus den Fallpauschalen herausgerechnet. Krankenhäuser müssen also nicht mehr aus wirtschaftlichen Interessen an den Pflegekräften sparen.“



Ab dem Jahr 2020 stellen wir zusätzlich 50 Millionen Euro für Krankenhäuser in ländlichen, strukturschwachen Gebieten zur Verfügung. Damit garantieren wir eine ausreichende medizinische Versorgung für die Menschen, die in dünn besiedelten Gebieten leben

Wir haben auf die Sorgen der Krankenhäuser vor einer finanziellen Überforderung reagiert. So haben wir von einer vollständi-

gen Streichung des Pflegezuschlags abgesehen und belassen den Krankenhäusern 200 Millionen Euro. Zudem verbessern wir die Anrechenbarkeit von pflegeerleichternden Maßnahmen. Darüber hinaus schaffen wir finanzielle Anreize, mehr Pflegepersonal auszubilden.

Ohne Menschlichkeit, Würde und Respekt für den anderen würden allerdings alle Anstrengungen der Politik ins Leere laufen. Denn Pflege bedeutet praktizierte Nächstenliebe. Respekt gilt den Menschen, die sich Tag und Nacht liebevoll für ihre Mitmenschen einsetzen. Dies steht im Einklang mit den christlichen Werten der Union.“



Für Sie erreichbar...

in Berlin:  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 / 227 77420  
E-Mail: [alois.rainer@bundestag.de](mailto:alois.rainer@bundestag.de)

im Wahlkreis:  
Schulstraße 1  
94353 Haibach  
Telefon: 09963 / 943 9494  
E-Mail: [alois.rainer.wk@bundestag.de](mailto:alois.rainer.wk@bundestag.de)